

Eine sehr erfreuliche Erscheinung ist das Aufblühen der deutschen Hilfsvereine in der Schweiz. Es arbeiten deren gegenwärtig fünf, nämlich in Zürich, Basel, Bern, Genf und im Canton Aargau. Der Zweck dieser Vereine, die untereinander in fester Verbindung stehen, ist: solche Deutsche, welche in der Schweiz ihr christliches Auskommen nicht mehr finden, mit Rath und That zu unterstützen und ihnen namentlich zur Heimreise behilflich zu sein. Die Gründung einer Centralkasse, die aus den Beiträgen solcher Mitglieder gespeist wird, welche nicht in den Städten Basel, Bern, Genf und Zürich wohnen, bezweckt die Unterstützung derjenigen hilfsbedürftigen Deutschen, die in kleineren Orten oder auf dem Lande zerstreut wohnen, sowie die Deckung gemeinschaftlicher Unkosten. — Von dem schweizerischen Arbeitervereine in Genf ist soeben ein Aufruf zum Beitritt zu der internationalen Arbeiterassociation erlassen worden, die sich vor kurzem in London gebildet hat, um die vollständige Emancipation der Arbeiterklassen von den übrigen Ständen der bürgerlichen Gesellschaft durchzuführen. Auf einem allgemeinen europäischen Arbeiter-Congress, der in einer belgischen Stadt im Laufe des nächsten Sommers abgehalten werden wird, sollen die Statuten dieser Association definitiv beraten und festgestellt, sowie ein Centralrath gewählt werden.

In Italien sieht man mit Spannung und seitens der Regierung auch nicht ohne Besorgniß der Debatte über den September-Vertrag in der französischen Kammer entgegen. Trotz der beruhigenden Versicherungen, die Herr Nigra zu wiederholten Malen vom französischen Gouvernement erhalten hat, fürchtet man doch noch immer einige unangenehme Aeußerungen aus dem Munde der Vertreter der kaiserlichen Regierung. Victor Emanuel soll sogar über diesen Gegenstand an den Kaiser geschrieben und der Agitation in Italien Erwähnung gethan haben, welche ihn nöthige, die Aufgeregten durch eine Widerlegung der umlaufenden Gerüchte persönlich zu beschwichtigen.

In Frankreich ist der Conflict zwischen der Regierung und dem Clerus, der in den letzten Wochen nur noch wenig von sich hatte reden machen, durch die Rouland'sche Rede allerdings zum erneuerten Ausbruche gekommen und man darf sich nicht wundern, wenn man es bereits sehr in Zweifel stellt, ob Hr. Rouland auch wirklich die Meinung der Regierung ausgedrückt habe, zumal der „Constitutionell“ eine kurze Note bringt, die man vielleicht als eine, wenn auch sehr leise, Desavouirung betrachten darf. Andererseits spricht man freilich davon, daß Rouland bestimmt sei, das Portefeuille des Cultus von Neuem zu übernehmen, und man versichert, daß diese Ernennung das Signal für die Maßregeln sein werde, die er durch seine Rede schon habe vorhersehen lassen. Man fügt hinzu, daß der jetzige Justiz- und Cultusminister Baroche an Morny's Stelle zum Präsidenten des gesetzgebenden Körpers ernannt werden solle; wogegen freilich auch wieder verlautet, daß der Herzog von Albufera, der in diesen Tagen zum Kaiser berufen wurde, für diesen Posten bestimmt sei. Uebrigens will man auch wissen, daß seit Morny's Tode das ganze Ministerium in Auflösung begriffen sei, und es ist für die gänzliche Unkenntniß, in der man sich in dieser Hinsicht offenbar noch befindet, bezeichnend, daß als muthmaßlicher Ersatzmann Morny's im gesetzgebenden Körper auch — Drouin de Lhuys genannt wird.

Was die Beziehungen Frankreichs zu den auswärtigen Mächten betrifft, so versichert man, die österreichische Regierung habe den Standpunkt, den sie rücksichtlich der Herzogthümer unter den obschwebenden Verhältnissen einnimmt, in Paris zum Gegenstande einer mündlichen Erörterung machen lassen und ihre leitenden Ansichten eingehend kund gegeben. Die Beziehungen zu Preußen, heißt es, werden als die freundlichsten bezeichnet, zugleich werde aber hervorgehoben, daß die Rechte und Ansprüche der beiden deutschen Großmächte in der schleswig-holsteinischen Sache vollkommen gleich seien und Oesterreich diese Parität unter allen Umständen zu wahren wissen werde; in diesem Sinne werde es, wenn eine feinen Ansichten entsprechende Lösung sich vorerst nicht darbieten sollte, den gegenwärtigen Zustand ferner aufrecht erhalten.

Aus Mexico meldet man, daß Dajaca's 7000 Mann starke Garnison sich auf Gnade und Ungnade am 9. Februar an den General Bazaine ergeben hat. Jedenfalls ist dies von Wichtigkeit für die Sache des Kaisers Maximilian, da sich die Hauptstärke der republikanischen Partei in Cajaca gesammelt hatte. Ob es aber seiner Sache nicht, daß man den Befehlshaber Porfirio Diaz und einen Guerillaführer Namens Romera erschossen hat, möchte immerhin zu bezweifeln sein. Der „Temps“, der beide Nachrichten nicht glauben will, „weil französische Soldaten nicht gewohnt seien, ihre Gefangenen zu erschließen“, wird sich zum Glauben daran schon belehren müssen, da der „Moniteur“ selbst die beiden Mordthaten erzählt. Einem Schreiben des Kaisers Maximilian an die vier Bischöfe von Mexico, Michoacan, Queretere und Dajaca, die an ihn eine Beschwerdeschrift wegen der Verflügung betreffs der geist-

lichen Güter hatte machen lassen, entnehmten wir wenigstens folgenden Passus:

„Die große Majorität der Nation fordert diese Lösung und hat Recht, sie zu fordern. In diesem Punkte bin ich im Stande, mit mehr Gewißheit zu urtheilen als Sie, Mgst., da ich soeben einen großen Theil Ihrer Sprengel durchkreist habe, während Sie seit der Rückkehr aus ihrem Exil in der Hauptstadt geblieben sind. Deshalb und nach reiflicher Ueberlegung, nachdem ich mein Gewissen zu Rathe gezogen und würdige Theologen befragt habe, hatte ich mich zu einer Handlung entschlossen, die in nichts das Dogma der Religion verlegt und andererseits unseren Mitbürgern das freie Walten unseres Gesetzes sichert. Schließlich muß ich Ihre Aufmerksamkeit noch auf einen Irrthum, in dem Sie schweben, hinlenken. Sie behaupten, die mexikanische Kirche habe sich nie in politische Dinge gemengt. Wollte Gott, dies wäre wahr. Aber es liegen bedauerliche Actenstücke vor, die klar beweisen, daß selbst die Würdenträger der Kirche sich in Revolutionen gestürzt und ein Theil des Klerus heftigen Widerstand gegen den Staat gemacht hat. Gestehe Sie, meine hochgeschätzten Prälaten, daß die mexikanische Kirche in Folge eines beklagenswerthen Geschickes sich zu tief in Politik und weltliche Angelegenheiten eingelassen und darüber den katholischen Unterricht ihrer Pfarrkinder vernachlässigt hat. Freilich ist das mexikanische Volk fromm und gut, aber es ist zum großen Theile noch nicht katholisch im wahren Sinne des heiligen Evangeliums, und das ist nicht seine Schuld. Es bedarf des Unterrichts und der Ertheilung der Sacramente unentgeltlich, wie das Evangelium es vorschreibt. Doch, Mexiko soll katholisch werden, verlassen Sie sich darauf! Bezweifeln Sie meinen Katholicismus, wenn Sie wollen; Europa kennt seit geraumer Zeit meine Gefühle, der heilige Vater weiß, wie ich das meine; die Kirchen von Deutschland und Jerusalem legen in dieser Beziehung Zeugniß von mir ab. Aber ein so guter Katholik ich bin, ein eben so gerechter und freisinniger Fürst werde ich sein und bleiben.“

Tagesgeschichte.

Berlin, 17. März. Die „Prov.-Correspondenz“ äußert sich über die bekannten mannichfachen Verständigungsversuche zwischen Kammer und Regierung:

„Bevor die Regierung sich entschließen könnte, ihre sehr gewichtigen Bedenken gegen jene mannichfachen Anträge aufzugeben, in der Hoffnung, dadurch den Frieden des Landes wiederherzustellen, müßte ihr vor allem die Zuversicht gewährt werden, daß sich für diese Friedenspolitik wirklich eine feste und entschlossene Mehrheit finden könne. So lange dagegen die Verständigungsversuche, wenn sie kaum hervorgegangen sind, gleich von den Freunden und Gesinnungsgenossen der Antragsteller selbst bekämpft werden, so lange die angeblich Versöhnungslustigen ihre soeben gestellten Anträge wieder aufheben, weil dieser oder jener sie zu versöhnlich und entgegenkommend findet, so lange wird man der Regierung nicht zumuthen können, daß sie ihre grundsätzliche und klarbewußte Stellung in irgend einem Punkte zu Gunsten dunkler Ahnungen von etwa möglichen Vermittelungen aufgeben. Von neuem tritt die Forderung an das Haus: zunächst sich selbst darüber klar zu werden, was es in der Militärfrage will, — während es bisher stets nur gesagt hat, was es nicht will.“

— Aus Berlin vom 17. März wird berichtet: „Gegen den eben erst in das Abgeordnetenhaus getretenen Gerichtsaffessor Dr. Lasker ist die Disciplinaruntersuchung eingeleitet worden und zwar wegen eines Aufsatzes „Ueber die Art. 99, 100 und 109 der preussischen Verfassungsurkunde“, abgedruckt im Märzhefte 1864 der „Deutschen Jahrbücher“, wegen dessen der Verfasser schon früher angeklagt gewesen und, nachdem die Anklage durch zwei Instanzen verfolgt worden, jetzt rechtskräftig freigesprochen ist. Gestern stand der erste Termin in der neuen Untersuchung an.“

— Der „N. P. Z.“ nach hat das k. Obertribunal am 17. d. ein Erkenntniß dahin publicirt, daß die Staatsregierung berechtigt ist, von denjenigen Beamten, welche ihre Amtsthätigkeit verlassen, um als Abgeordnete zu fungiren, die Stellvertretungskosten einzuziehen. Es hat sich, nach einer vorhergehenden Meldung der Blätter, gehandelt um den Prozeß des Abg. Kreisrichters Dual aus Sprottau gegen den Fiscus wegen Erstattung der Stellvertretungskosten. Justizrath Dorn hat den Kläger vertreten. Es ist dies der erste derartige Prozeß, welcher vor dem Obertribunal — erster Senat — zur Verhandlung gekommen.

— Die „N. P. Z.“ theilt eine, angeblich mit 12,000 Unterschriften versehene Adresse aus Berlin mit, welche der Ministerpräsident Sr. Maj. dem Könige zu geben ersucht wurde. In derselben werden die Thaten der preussischen Armee in Schleswig

berherr
des Thro
so geben
Thatsach
durch de
begründ
überdies
ihm
schichte

verordn
jährigem
abzuleh
die Dir
segnen
unter d

sich lad
Zukunft
Gleichg
seit wa
seit wa
Staat
Schwer
verstän
welche
an die
zu mit
mir fu

1865,
legt.

der C
548,7
von c
deficit
Ausf
Betra
werde
Rechn
liche
höhm
lichen
10 P

schlag

wart
gieru
für
ist,
führe

Aus
jahr
Mil
186
tret
Ges
dem
d)
Zal
ode
unt
Mü
Na
c

„d
ist
mit
sei
M
we
L

fol
P